
Hans-Ulrich Wehler

Grundzüge

der amerikanischen

Außenpolitik 1750-1900

Neue Historische Bibliothek

edition suhrkamp

SV

es 1254

edition suhrkamp

Neue Folge Band 254

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Dem Anspruch, historische Information zu vermitteln – in geraffter Form, auf das Wesentliche beschränkt –, versucht dieser erste Band eines Überblicks über die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik von 1750 bis 1900 gerecht zu werden. Er setzt gewissermaßen nichts voraus und führt, distanziert und kritisch zugleich, in die wesentlichen Probleme, die Begriffswelt, die konkurrierenden Interpretationen der großen ›Weichenstellungen‹ ein. In der Einleitung wird unter Sachgesichtspunkten eine Reihe wichtiger Faktoren erörtert, die auf die Außenpolitik einwirken – Machteliten und öffentliche Meinung, der Primat der Systemerhaltung, Entscheidungsprozesse, Instrumente und Folgen der Außenpolitik, nicht zuletzt das Institutionengefüge, innerhalb dessen Entschlüsse formuliert, aufgeschoben, vereitelt werden. In drei Epochenkapiteln werden danach die Probleme der amerikanischen Außenpolitik beschrieben und analysiert, wobei besonderes Gewicht darauf gelegt wird, die unauflöslche Wechselwirkung mit der Innenpolitik, mit der Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und politischem System herauszuarbeiten. Der erste Teil (1750-1823) verfolgt die Außenpolitik von der Revolution der englischen Küstenkolonien bis zum Hegemonialanspruch der jungen Vereinigten Staaten, wie ihn die Monroe-Doktrin im Zeitalter des amerikanischen Merkantilismus ausdrückt. Der zweite Teil (1823-1865) ist der Außenpolitik im Zeitalter der amerikanischen Industriellen Revolution, des »Laissez-Faire«-Kapitalismus bis zum Ende des Bürgerkriegs gewidmet. Im dritten Teil (1865-1900) wird die Außenpolitik im Zeitalter des durchbrechenden »Corporation Capitalism« der Großindustrie und des modernen amerikanischen Imperialismus verfolgt, der in den Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 einmündete. Aus ihm gingen die Vereinigten Staaten als Besitzer eines Kolonialreichs, als Hegemonialstaat der »Westlichen Hemisphäre« und als neue »Weltmacht« hervor.

Hans Ulrich Wehler lehrt als Historiker an der Universität Bielefeld.

Hans-Ulrich Wehler
Grundzüge der amerikanischen
Außenpolitik

I: 1750-1900

*Von den englischen Küstenkolonien
zur amerikanischen Weltmacht*

Suhrkamp

3. Auflage 2015

Erste Auflage 1983

edition suhrkamp 1254

Neue Folge Band 254

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1984

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Wagner, Nördlingen

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11254-0

Inhalt

Vorwort	9
-------------------	---

Einleitung

1. Gesellschaft und Außenpolitik	11
2. Machteliten und öffentliche Meinung	14
3. Primat der Systemerhaltung	16
4. Ökonomie – Politik – Militär – Ideologie als Aspekte der Außenpolitik	16
5. Grenzen des Machtpotentials	19
6. Entscheidungsprozesse und Machteliten	20
7. Folgen der Außenpolitik	23
8. Instrumente der Außenpolitik	24
9. Politische Institutionen und Außenpolitik	26

Perioden und Probleme der amerikanischen Außenpolitik

I. 1750-1823: Außenpolitik von der Revolution der englischen Kolonien bis zum Hegemonialanspruch der Vereinigten Staaten im Zeitalter des amerikanischen Merkantilismus

1. Die Phase vor der Revolutionsära	34
2. Unabhängigkeitskrieg und Revolution	36
3. Our Rising American Empire	52
4. Auswirkungen der Französischen Revolution und der europäischen Kriege	59
5. Der Kauf Louisianas	69
6. Der zweite amerikanisch-englische Krieg 1812-14 . . .	76
7. Die Annexion Floridas, der Transkontinental-Vertrag und die Monroe-Doktrin	94

II. 1823-1865: Außenpolitik im Zeitalter des Laissez-Faire-Kapitalismus bis zum Ende des Bürgerkriegs

1. Die Chinapolitik	112
2. Der Oregonstreit	112
3. Die Annexion von Texas	117
4. Der amerikanische Krieg gegen Mexiko	123
5. Eine Zwischenbilanz	130
6. Karibik, Mittelamerika und Kanalbau-Interessen	133
7. Kommerzielle Expansion in Ostasien	140
8. Anfänge der Hawaii-Politik	142
9. Außenpolitik während des Bürgerkriegs	145
10. Frankreichs Intervention in Mexiko	150

III. 1865-1900: Außenpolitik im Zeitalter des durchbrechenden »Corporation Capitalism« und des modernen amerikanischen Imperialismus

1. Expansionsbemühungen 1865-1889	160
2. Der neue »Panamerikanismus«	168
3. Imperialismus in der Karibik	
1. Die Haitianische Revolution von 1888/89 und die Mole St. Nicholas	172
2. Expansionsziele in der Dominikanischen Republik	175
4. Imperialismus in Lateinamerika	
1. Die Chilenische Revolution von 1891 und die amerikanische Intervention	177
2. Die Brasilianische Revolution von 1893/94 und die amerikanische Intervention	180
3. Die Mittelamerika-Politik und die Kanalbau-Interessen bis 1898	183
4. Die Venezuela-Krise von 1895/96	187
5. Die Kubanische Revolution seit 1895 und die amerikanische Intervention	193
6. Imperialismus im Pazifik und in Ostasien	200
1. Die Samoa-Krise von 1889	200
2. Die Hawaii-Politik bis zur Annexion von 1898	204

7. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898	209
8. Die Vereinigten Staaten als Weltmacht um 1900	216
IV. Kommentierte Kurzbibliographie	220

Vorwort

An dieser Stelle ist es unumgänglich, auf einige persönliche Erfahrungen und sachliche Bedürfnisse hinzuweisen. Seitdem ich vor zwanzig Jahren an der Abteilung für Angloamerikanische Geschichte des Historischen Seminars der Universität Köln mit ersten Lehrveranstaltungen begonnen habe, bin ich immer wieder zu Problemen der nordamerikanischen Geschichte von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart zurückgekehrt. Dabei habe ich in eher zunehmendem Maße festgestellt, daß Studierende im allgemeinen nicht nur ein Minimum von Kenntnissen über die Geschichte der Vereinigten Staaten mitbringen, sondern sich auch mit der Lektüre leicht faßlicher und keineswegs problemüberladener »Textbooks« schwertun, die sich in Vorlesungen für amerikanische »Undergraduate«-Studenten bereits vielfach bewährt haben. Offenbar gelingt es vielen unserer Schulen weder, einen gewissen Bestand an Sachwissen über Amerika zu vermitteln, noch sind die Englischkenntnisse ohne weiteres so aktivierbar, daß einfache wissenschaftliche Texte ohne größere Schwierigkeiten aufgenommen werden können. Diese Feststellungen scheinen mir keine unzulässige Verallgemeinerung zu sein, sondern sie fassen eine Vielzahl von vergleichbaren Erfahrungen in Köln, Berlin und Bielefeld nüchtern konstatierend zusammen. Anstatt nun, wie das spätestens seit der Gründung der Gymnasien im ausgehenden 18. Jahrhundert üblich ist, über den Verfall von Gelehrsamkeit und Wissensreichtum der Schüler zu lamentieren, sollte man aus diesen Umständen die Konsequenz ziehen, daß dann die Universitäten für Einführungsveranstaltungen zu sorgen haben, welche dieses wissenschaftlich und politisch gleichermaßen nachteilige Defizit auszugleichen versuchen.

Aus diesem Grunde habe ich mich z. B. auch bemüht, regelmäßig einen Überblick über die amerikanische Außenpolitik der vergangenen zwei Jahrhunderte zu geben. Aus den Notizen für derartige Vorlesungen, die – gewissermaßen nichts voraussetzend – ein elementares Grundwissen vermitteln wollten, ist dieses Taschenbuch hervorgegangen. Es soll eine erste Orientierung über die wichtigsten Problemfelder, Konflikte und Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik bis 1900 verschaffen. Dem Ken-

ner vermag es nichts Neues mitzuteilen, das ist auch nicht seine Absicht. Wer sich aber eine erste Übersicht verschaffen will, dem soll es weiterhelfen. Um die Interessen, sobald sie einmal geweckt sind, vertiefen oder um sich über einzelne Probleme genauer informieren zu können, ist eine knappe, kommentierte Bibliographie beigelegt, die ein solches Vorhaben erleichtern soll.

Kritik an einem derartigen Arbeitsbuch, das sich erklärtermaßen ein bescheidenes Ziel setzt, ist leicht vorstellbar. Da aber ausbaufähige Kenntnisse über Amerika auch unter fortgeschrittenen Studenten oder Schülern in Leistungskursen noch immer eine Ausnahme darstellen, müssen erst einmal Grundlagen für eine intensivere Beschäftigung mit der Geschichte eines Landes gelegt werden, mit dem die Bundesrepublik auf absehbare Zeit und vielfältige Weise verbunden bleiben wird.

Daß diese Verbindung möglichst eng und störungsarm bleibt, ist meine politische Hoffnung gerade heute, da unpolitische Schwarmgeister und politisches Ressentiment sich ohne jede genauere Kenntnis des großen, widerspruchsvollen, erneuerungsfähigen Landes einem ebenso lebensgefährlichen wie dünnhäutigen Antiamerikanismus hingeben. Politiker wie Reagan kommen und gehen, aber gute deutsch-amerikanische Beziehungen sollten als Konstante bestehen bleiben. Obwohl im folgenden manches kritische Urteil unumgänglich ist, möchte ich doch an meiner grundsätzlichen Sympathie gegenüber den Vereinigten Staaten, in denen ich seit 1952 inzwischen fünf prägende und menschlich wie wissenschaftlich glückliche Jahre verbracht habe, keinen Zweifel aufkommen lassen.

Bielefeld, 4. Juli 1983

H.-U. W.

Einleitung

1. Gesellschaft und Außenpolitik

Wenn hier von der amerikanischen Außenpolitik seit der Gründung der Vereinigten Staaten im Unabhängigkeitskrieg gegen England die Rede sein soll, wird damit aus dem Gesamtbereich amerikanischer Politik ein bestimmter Sektor herausgeschnitten und eingehender als andere diskutiert. Diese Trennung ist in gewisser Hinsicht künstlich, sie kann auch, wie gleich zu zeigen sein wird, selten streng durchgehalten werden – und sie sollte es auch gar nicht. Aber aus praktischen wie theoretischen Gründen läßt sich die ganze Vielfalt »der« Politik eines Landes niemals vollständig darstellen. Schon der Anspruch auf Vollständigkeit, hat man zu Recht behaupten können, ist als solcher »illegitim«. Vielmehr müssen bei jeder historischen Analyse Schwerpunkte gebildet werden, bestimmte Leitperspektiven im Vordergrund stehen. An dieser Stelle steht die amerikanische Außenpolitik im Vordergrund: Es geht um ihre Antriebskräfte, ihre Verlaufsformen, ihre Nah- und Fernziele, ihre Entscheidungsprozesse und Instrumente, aber auch um ihre Auswirkungen in den Vereinigten Staaten selber und in anderen Ländern.

Es würde zu weit führen und überdies ungebührlich abstrakt sein, wenn einleitend eine Art allgemeine Theorie der Außenpolitik entwickelt würde, um einen weiten Rahmen auch für die Diskussion einer bestimmten nationalhistorischen Entwicklung zu gewinnen. Andererseits sollen doch einige allgemeine Gesichtspunkte zumindest knapp umrissen werden.

Auf die Frage nach den entscheidenden Faktoren, welche die Außenpolitik eines Staatswesens bestimmen, hat man schon frühzeitig eine systematisch entwickelte und möglichst umfassende Antwort zu geben versucht. In Deutschland z. B. hat das im 17. und 18. Jahrhundert die sog. »Wissenschaft von den Staatsmerkwürdigkeiten« versucht, wie sie Historiker und Juristen, z. B. Conring an der Universität Helmstedt, Achenwall, Gatterer und Schlözer in Göttingen, Büsching in Berlin usw. betrieben haben; ganz ähnlich ging auch die sog. »Politische Arithmetik« vor, wie sie nach dem Vorbild von William Petty in England entwickelt

wurde. Beide Wissenschaftszweige zusammen wurden als Lehre von der Natur der Staaten von den Zeitgenossen öfters Statistik genannt; tatsächlich ist u. a. auch aus den Bemühungen dieser frühen Politikwissenschaft, wie wir sie heute nennen würden, die moderne mathematische Statistik im engeren Sinn hervorgegangen. Dabei handelte es sich durchaus um eine konsequente Entwicklung, denn diese frühen Analytiker der Staatenpolitik versuchten, einen Katalog der entscheidenden Faktoren der Politik systematisch zu erarbeiten. Sie untersuchten Bevölkerungszahl, Landesgröße, wirtschaftliches und militärisches Potential, Klima und Sitten, die effektive Schlagkraft, aber auch so diffuse Größen wie Mentalität, also Kampfesmut oder vorsichtige Zurückhaltung. Kurzum, sie strebten eine prinzipiell lückenlose Erfassung der wichtigsten Elemente staatlicher Politik an, um auch eine möglichst exakte Prognose liefern zu können.

Blickt man heute auf bestimmte Zweige der Politikwissenschaft, erkennt man, daß diese Verfahren im Grunde genommen weiterentwickelt und sehr verfeinert worden sind. Hans Morgenthau, der aus Frankfurt emigrierte, einflußreiche Politikwissenschaftler in Chicago, hat z. B. mit seinen Mitarbeitern erneut einen solchen Katalog aufgestellt, in den Angaben über Waffensysteme, Truppenzahlen, Rohstoffe, Bevölkerung, geographische Vor- und Nachteile, Kriegserfahrung usw. eingetragen wurden. Dabei ist es ungemein schwierig, eine einleuchtende Rangordnung solcher Faktoren herzustellen. Ihre Zahl bleibt unbegrenzt groß, so daß es logisch nur konsequent ist, Matrizen mit x Variablen herzustellen, wie das z. B. auch bei der Überprüfung von Investitionschancen in der Industrie getan wird, und diese dann in Computer zu füttern, die unter jeweils wechselnden Gesichtspunkten die angeblich optimalen Kombinationen ermitteln.

Anstelle solcher abstrakter Überlegungen, anstatt also eine Fülle von Faktoren aufzuzählen und zu analysieren, die 1776, 1812, 1898 usw. für die amerikanische Außenpolitik wahrscheinlich – soweit wir das aufgrund zuverlässiger empirischer Untersuchungen beurteilen können – entscheidend wichtig waren, sollen nur einige allgemeine Gesichtspunkte und erkenntnisleitende Interessen genannt werden, die im folgenden eine nennenswerte Rolle spielen.

Außenpolitik kann nur dann hinreichend verstanden und *erklärt* werden, wenn die Gesellschaft als Substrat staatlicher Aktionen

nicht aus dem Auge verloren wird. Man muß eine – wenn auch oft nur recht allgemeine – Vorstellung von dem Entwicklungsstand einer Gesellschaft, ihren Antriebskräften und Interessengruppen, ihren Zielen und Vorstellungen von sich selber und anderen Gesellschaften besitzen, ehe man begreifen kann, warum im politischen Entscheidungsprozeß der Ausschlag in einer bestimmten Richtung erfolgt. Der Staatsapparat, der im Bereich der Außenpolitik die Interessen einer bestimmten Gesellschaft vertritt – wobei das Wort »Interesse« vorerst in einem ganz weiten und globalen Sinn verstanden werden soll –, ist ein Exekutivorgan der Gesellschaft, das bestimmte Interessen durchsetzt, aber auch, sobald es zu einer modernen Fachbürokratie geworden ist, zunehmend ein gewisses Eigengewicht erhält. Beides: die Interessen, die der Staat vertreten soll, und die Vorstellungen, die seine bürokratischen Expertenstäbe, z. B. das State Department, besitzen, müssen analysiert werden, damit man die Stoßrichtung der Politik auf bestimmte Ziele hin verstehen kann. Mit nebulösen Begriffen wie der »Staatsraison« oder »Staatsvernunft« ist im allgemeinen einer solchen Analyse wenig gedient. Nicht nur wird hier oft einer Mystifizierung »des« Staates Vorschub geleistet, etwa im Sinne jener verhängnisvollen Staatsideologie, wie sie in Deutschland durch das Obrigkeitsdenken, den hegelianischen Staatsidealismus und die Staatsmetaphysik à la Ranke hervorgebracht worden ist, sondern man bedient sich dabei auch eines »nützlichen Verlegenheitsabstraktums« – wie Hans Rosenberg den Begriff der Staatsraison treffend charakterisiert hat –, das eher einen bestimmten Tatbestand verhüllt als ihn so bloßlegt, wie das eine wissenschaftliche Analyse politischer Entscheidungsprozesse tun sollte, die durch konkrete Interessenkonflikte und gesellschaftliche Kräftekonstellationen, durch wirtschaftliche, strategische, politische Motive, durch Traditionen und Ideologien, auch durch stereotype »Political Images« usw. bestimmt wird. Hier lohnt es sich noch einmal, an die Aufforderung Schumpeters zu erinnern, daß man »niemals . . . eigentlich sagen« sollte: »Der Staat tut das oder jenes. Immer kommt es darauf an zu erkennen, wer oder wessen Interesse es ist, der oder das die Staatsmaschine in Bewegung setzt und aus ihr spricht . . . nur diese Auffassung wird der Wirklichkeit gerecht«, denn der »Staat reflektiert jeweils die sozialen Machtverhältnisse«, wenn auch der moderne bürokratisierte Staatsapparat »kein bloßer Reflex derselben ist«. Diese kritische

Mahnung soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Staat, wenn er einmal eine bestimmte Außenpolitik zugunsten bestimmter Interessen eingeschlagen hat, durchaus die Gesamtgesellschaft den Folgen und Auswirkungen dieser Politik unterwerfen bzw. aussetzen kann, so spüren z. B. alle die Folgen außenhandelspolitischer Entscheidungen in Gestalt von hohen Agrarzöllen im Interesse der Farmer.

Genausowenig wie die »Staatsraison« hilft der sog. »Primat der Außenpolitik« weiter, wobei im deutschen Sprachgebrauch »Primat« sowohl den Vorrang als auch die Höherwertigkeit der Sache bedeutet. Eine Untersuchung mag durchaus ergeben, daß außenpolitische Zwänge, wie sie durch die Verstrickung in eine bestimmte Situation entstehen können, es rechtfertigen, einmal von einem Primat außenpolitischer Bedingungen zu sprechen. Im allgemeinen verbaut aber diese Vorstellung einer kritischen Analyse eher von vornherein das Blickfeld als daß sie ihr behilflich ist.

Hier wird von der Vorentscheidung ausgegangen, daß erst die gesellschaftliche Entwicklung zu verfolgen und eine Untersuchung ihrer Kräfte Voraussetzung eines Verständnisses der Außenpolitik ist. Das ist im einzelnen oft schwierig und praktisch selten mit einer jedermann befriedigenden Überzeugungskraft zu leisten. Es ist aber schon viel gewonnen, wenn dieser Zusammenhang im Auge behalten und wo eben möglich im einzelnen untersucht wird.

2. Machteliten und öffentliche Meinung

Was den Entscheidungsprozeß für den Bereich der Außenpolitik angeht, ist die Analyse der Machteliten im allgemeinen durchweg wichtiger als ein Überblick über die »öffentliche Meinung«. Es scheint ein vulgärdemokratisches Vorurteil – oder ein plebiszitäres Ideal, wenn man so will – zu sein, daß Meinungen und Willensimpulse, wie sie in der Öffentlichkeit eines Landes auftreten, über einen direkten Transmissionsriemen an die verantwortlichen Politiker im Zentrum der Macht vermittelt würden. Diese Illusion ist allerdings in Amerika lange Zeit weit verbreitet gewesen, wo auch Historiker die Außenpolitik als Ergebnis der Auffassungen des »Man in the Street« darstellen (Bailey). Nun ist es fraglos

richtig, daß die öffentliche Meinung manchmal ein nachweisbares politisches Gewicht bekommt, wenn sie bestimmte Maßnahmen anhaltend und mit Nachdruck fordert oder aber als unratsam erscheinen läßt. Im Zweifelsfall ist jedoch auch für eine historische Analyse mehr gewonnen, wenn die Interessen und Vorstellungen, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Führungseliten von konkret zu erörternden Interessen untersucht werden. Der »Korridor der Macht« wird überdies oft nur von einer ganz bestimmten öffentlichen Meinung erreicht, denn das diffuse Konglomerat »öffentliche Meinung« zerfällt in durchaus unterschiedliche, z. B. schichtenspezifische Meinungen.

Wenn man etwa in der amerikanischen Geschichtsschreibung jahrzehntelang immer wieder behauptet hat, die Boulevardpresse, die sog. »Yellow Press«, der 1890er Jahre habe den Krieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien förmlich erzwungen, hat diese Behauptung erstens einmal übersehen, daß sich eine direkte Verlängerung dieses Drucks bis in die Entscheidungsgremien in Washington hinein nicht empirisch nachweisen läßt; daß zweitens die Spitzenpolitiker wohl die Londoner »Times« lasen, jedoch die New Yorker »World Tribune« – oder wie die neuen Massenblätter auch alle hießen – oft nur vom Hörensagen kannten und sie verachteten; daß drittens meist nur ein vager allgemeiner Druck durch Zeitungskampagnen auf Abgeordnete ausgeübt wurde, kurzum: daß ein schlüssiger Nachweis gar nicht dafür zu erbringen ist, in den Arcana Imperii, die es in der amerikanischen Republik seit je genauso gab und gibt wie in den Staaten Europas, sei nur das Lärmen der »Yellow Press« in Staatsaktionen umgesetzt worden.

Es gibt dagegen so etwas wie einen – manchmal unausgesprochenen – Konsens, der die amerikanische Politik mitträgt und schwerer wiegt als das vielfältige Bild öffentlicher Meinungsverschiedenheiten glauben läßt. Die Vorstellung von der inhärenten Überlegenheit des »American Way of Life«, das »Image«, das die Vereinigten Staaten als das »Neue Zion«, »God's Own Country« usw. lange von sich besessen haben und vielerorts noch immer besitzen, diese schwer wägbaren Faktoren gewinnen oft Einfluß auf die Außenpolitik, der freilich möglichst realitätsnah zu bestimmen und nicht einfach zu behaupten ist.

3. Primat der Systemerhaltung

In der Sprache der Sozialwissenschaften kann man die Außenpolitik auch als einen Ausdruck des *Primats der Systemerhaltung* verstehen. Alle Gesellschaften empfinden den Zwang, ihr System durch eine Fülle von Maßnahmen, die sich im Inneren und nach außen auswirken, zu erhalten. Dieser Primat der Systemerhaltung kann, um eine grobe Unterscheidung einzuführen, defensiven oder offensiven Charakter gewinnen. Die Außenpolitik kann durch Allianzverträge zur Verteidigung der Gesellschafts- und Staatsordnung beitragen. Sie kann aber auch zum Angriff, bis hin zum Militäreinsatz übergehen, um ihr System zu erhalten. Sie kann unter dem Druck einer ökonomisch erfolgreichen Industrialisierung im Inneren eine aggressive Außenhandelspolitik betreiben, um sich Absatzmärkte und Investitionsfelder zu sichern. Die Verteidigung des Systems braucht sich mithin nicht nur gegen einen äußeren Gegner zu richten, sondern es kann sich auch um eine Behauptung traditionaler gesellschaftlicher und politischer Strukturen gegen dynamische Entwicklungstendenzen im eigenen Land handeln – eine sozialdefensive Strategie z. B., die in aggressive Handelspolitik umgesetzt wird. In der historischen Wirklichkeit sind diese beiden Motive: das defensive und das offensive Motiv der Systemerhaltung, oft miteinander verknüpft, aber aus methodologischen Gründen ist eine analytische Trennung für die Klarheit der Untersuchung zweckmäßig.

Es versteht sich von selbst, daß die Gegenseite jeweils genauso unter dem Primat der Systemerhaltung steht, und fraglos würde die Schilderung eines außenpolitischen Konflikts erst dann eine angemessene Tiefendimension erhalten, wenn beide Kontrahenten derselben eindringlichen Analyse unterzogen würden. Das ist bei diesem Überblick über die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik aus pragmatischen Gründen nicht möglich, aber eine Skizze der Gegenspieler Washingtons wird manchmal zumindest auf dieses Problem hinlenken.

4. Ökonomie – Politik – Militär – Ideologie als Aspekte der Außenpolitik

Außenpolitik unter dem Primat der Systemerhaltung besitzt, wenn man wieder grob klassifiziert, vier Hauptaspekte: 1. den

wirtschaftlichen, 2. den politischen, 3. den militärischen und 4. den ideologischen Aspekt. Diese vier Dimensionen können selbstverständlich getrennt voneinander untersucht werden, aber man darf dabei nie vergessen, daß sie gewöhnlich alle aufs engste miteinander verknüpft sind. Zusammen bilden sie, hegelianisch gesprochen, eine Totalität, in der sozialwissenschaftlichen Sprache: ein interdependentes Regelsystem, in dem Veränderungen in einem Bereich sich auf alle anderen Bereiche auswirken. Veränderungen im Wertsystem einer Gesellschaft können sich schnell auf das Urteil über wirtschaftliche und politische Beziehungen zu einem bisherigen Gegner auswirken und damit die Militärpolitik beeinflussen. Aus ökonomischer Abhängigkeit mag ein politischer Vertrag entstehen, der zur Stationierung von Militäreinheiten auf Stützpunkten führt, die als Inseln fremden Einflusses die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern schnell oder allmählich verändern. Diese wechselseitige Abhängigkeit bedeutet noch keineswegs, daß alle vier Aspekte der Außenpolitik überall und zu jeder Zeit dieselbe Bedeutung besitzen. Insbesondere bei einer kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft katexochen wie der amerikanischen bis in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen stehen im Frieden die »normalen« Wirtschaftsbeziehungen meistens im Vordergrund. Sie werden politisch-diplomatisch abgeschirmt, im Zweifelsfall auch durch militärischen Druck, aber in der Zeit eines heißen oder kalten Kriegs rückt mit Notwendigkeit die Militärpolitik nach vorn. Auf die besondere wirtschaftliche, politische und militärische Bedeutung, die das Rüstungswesen, der »industriell-militärische Komplex«, für die Vereinigten Staaten seit 1939 gewonnen hat, und die mit dieser Typologie nur mehr provisorisch erfaßt werden kann, wird später einzugehen sein.

Da nicht wenige amerikanische »Textbooks« über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten die Diplomatiegeschichte im engeren Sinn: d. h. die Regelung oder Austragung von Konflikten mit Hilfe bestimmter Organe des Staatsapparats, bevorzugen, werden dort die Interessenkonflikte, die den diplomatischen Verhandlungen zugrunde liegen, stillschweigend vorausgesetzt bzw. nicht näher untersucht. Diese traditionelle Methode hat u. a. dazu geführt, daß einige Zeitabschnitte als Perioden eines sog. amerikanischen »Isolationismus« gekennzeichnet werden. Man nennt etwa die 1920er Jahre häufig noch immer die Epoche eines Rückfalls in

den Isolationismus – in eine künstlich verlängerte politische Jungfernschaft, wie Carl Schmitt gespottet, aber das Urteil übernommen hat –, obwohl die amerikanische Außenhandelspolitik auch und gerade dieser Jahre durch ein vehementes ökonomisches Vordringen in Europa gekennzeichnet war, so daß zwar der ökonomische Aspekt deutlich im Vordergrund steht, keineswegs aber die gesamte amerikanische Außenpolitik als isolationistisch bezeichnet werden kann. Zu Recht hat daher William A. Williams, einer der anregendsten kritischen amerikanischen Historiker, von der »Legende des amerikanischen Isolationismus« in den 1920er Jahren gesprochen. Umgekehrt kann die Verkündigung revolutionärer Propaganda den Anschein aggressiven Ausgreifens erwecken, während in Wirklichkeit eine behutsame Politik des Status quo betrieben wird.

Die amerikanische Außenpolitik sieht sich, besonders seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, einem eigentümlichen Dilemma gegenüber. Sie unterstützt auf der einen Seite die wirtschaftliche Expansion eines riesigen Industrie- und Agrarstaats, dessen ökonomische Überlegenheit in den weniger entwickelten Regionen des Erdballs deutlich sichtbare Abhängigkeit schafft; auf der anderen Seite exportieren die Vereinigten Staaten eine egalitäre, demokratische Ideologie – den »American Creed«, wie sie Gunnar Myrdal genannt hat –, die dann, wenn sie rezipiert und ernst genommen wird, über kurz oder lang zur Auflehnung gegen die verschiedenen Formen der Abhängigkeit von Amerika führen kann. Aus den vermeintlichen oder echten Zwangsläufigkeiten der Systemerhaltung heraus wird die amerikanische Politik nicht selten in einen Konflikt mit ihrer eigenen Ideologie, die andere Länder und Völker ihr wie im Spiegel entgegenhalten, hineingetrieben.

Dieser kurze Hinweis auf ein heikles, manchmal fatales Problem zeigt erneut, daß auch die Untersuchung der Außenpolitik von einer kritischen Analyse der Gesellschaft ausgehen sollte, da der Historiker der reinen Diplomatiegeschichte zu leicht der Sprache der Akten und offiziell-offiziösen Äußerungen, die solche Konflikte nur ganz selten offen beschreiben, erliegen kann.

5. Grenzen des Machtpotentials

Als ein weiterer Gesichtspunkt ist auch bei der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik zu beachten – und das liegt durchaus auf der Linie der alten »Statistik« der Göttinger Schule –, daß jeder Aspekt der Außenpolitik durch das Potential an Menschen und Wissen, an Waffen und symbolischen Druckmitteln, an materiellen Gütern und Rohstoffen beeinflußt wird, ja daß hier oft sehr enge Grenzen gesetzt sind. Offensichtlich kann die Bundesrepublik Deutschland nicht zum führenden Relexportland werden, wie andererseits Togo nicht eine Industriearbeiterschaft wie das Ruhrgebiet besitzt. Fast alle Länder unterliegen der Notwendigkeit, gewisse Rohstoffe zu importieren oder ihre Überschüsse zu exportieren usw.

Man tut gut daran, sich zu erinnern, daß nur selten Entscheidungen aus schierer Willkür getroffen oder andererseits Pläne, z. B. eine Autarkiepolitik im 20. Jahrhundert, aus rein ideologischen Gründen verfolgt werden. Vielmehr können die Grenzen, die den Staaten durch ihr Potential gesetzt sind, als objektive Bedingungen verstanden werden, so daß ihre Politik unter dem Primat der Systemerhaltung entsprechend ausgeführt wird. Die Vereinigten Staaten sind eines der wenigen Länder, denen Bodenschätze, Weite und Fruchtbarkeit des Landes, eine hinreichend große, durch Einwanderung lange Zeit ergänzte Arbeiterschaft, die Industrialisierung, der Schutz, den zeitweilig ihre Abwesenheit gewährte, und andererseits Küsten und Seeverkehr in den wichtigsten Richtungen usw. einen außergewöhnlichen Vorteil verschafft haben – auch für ihre Außenpolitik, deren Handlungsspielraum jahrzehntelang größer als der anderer Länder war. So haben die Vereinigten Staaten auch in ihren Kriegen im letzten Jahrhundert große militärische Anstrengungen unternommen und durchhalten können, ohne auf der anderen Seite ihren Bürgern die Entbehrungen einer wirklichen Kriegswirtschaft zumuten zu müssen. Diese zum großen Teil natürlichen Vorteile haben zusammen mit den tradierten ideologischen Vorstellungen vom auserwählten Volk in der Neuen Welt, worin der puritanische Sendungsglaube bis heute erkennbar bleibt, ein weitverbreitetes Gefühl der »amerikanischen Omnipotenz«, wie es D. W. Brogan genannt hat, entstehen lassen, das erst seit den 1960er Jahren während des Vietnamkrieges erschüttert worden ist. Aus diesem Gefühl heraus wurden